

Bürger, Gesellschaft und Staat – Partner im Modernisierungsprozess

Festansprache zur Eröffnung des Petersburger Dialogs am 17. Juli 2011

Von Udo Di Fabio

I. Russland und Deutschland – gescheiterte und erfolgreiche Modernisierer

Der Ruf nach Modernisierung – wie sollte es anders sein – ist ein Kennzeichen des modernen Zeitalters¹. Die Umwälzung der Verhältnisse, die Mobilisierung von Ressourcen, technischer und sozialer Fortschritt, wachsendes Wissen und wirtschaftliches Wachstum bilden das Mantra einer dynamischen Entwicklung, wie sie für die Kultur des Westens seit dem Zeitalter der Aufklärung bestimmend ist.

Russland und Deutschland hatten ihr Rendezvous mit der Moderne vergleichsweise spät. Beide galten als Länder, die zu lange traditionell verhaftet blieben. Rückständigkeit auf dem Land und eine schwache Zivilgesellschaft, Frömmigkeit und Untertanenmentalität standen unverbunden einer gleichzeitig präsenten intellektuellen und künstlerischen Oberschicht gegenüber, aus der führende Köpfe der Zeit stammten. Im 19. Jahrhundert suchten beide Länder Anschluss an das Programm des politischen Liberalismus und der Industrialisierung, das seit der amerikanischen Unabhängigkeit, der französischen Revolution und der Dominanz des britischen Empire eine weltpolitische Tatsache war. Gegen Ende des

¹ Mario Rainer Lepsius: Soziologische Theoreme über die Sozialstruktur der „Moderne“ und der „Modernisierung“. in: ders., Interessen, Ideen und Institutionen, 1990.

19. Jahrhunderts schien der Sprung geschafft: Deutschland überflügelte Frankreich als Industrienation, wurde Wissenschaftszentrum, schloss zu England auf und war auf bestem Wege als lebendige parlamentarische Monarchie die Reste des Absolutismus mit seinen ungunstigen Kapriolen des persönlichen Regiments zurückzudrängen. Russland reformierte sich seit dem verlorenen Krimkrieg: Abschaffung der Leibeigenschaft, rechtsstaatlicher Aufbau des Justizwesens, wachsendes Bürgertum und Entwicklung von Industrie und Wissenschaft. Die Weite des Landes relativierte zwar manche Erfolge, aber Russland war europäische Großmacht, der man viel Potential einräumte, wenn es sich eben nur modernisierte.

Doch dann im Übergang zum 20. Jahrhundert misslang in Sankt Petersburg und Berlin vieles, was so hoffnungsvoll begonnen hatte. Unter *Alexander III.* war von bürgerlicher und rechtstaatlicher Modernisierung wenig zu hören, von Geheimpolizei aber viel zu spüren. Unter *Wilhelm II.* nationalisierte sich eine blockierte Innenpolitik und im Zuge der Episode des (damals übrigens als sehr modern propagierten) *Imperialismus* gebärdeten sich die Deutschen besonders säbelrasselnd, wo sie doch durch Frieden und Freihandel viel mehr hätten gewinnen können. Im Krieg von 1914 endeten die von Russland und Deutschland, übrigens auch von Japan, beanspruchten Sonderwege in die industrielle Bürgergesellschaft. Es zerbrachen jene zuvor gepriesenen Bündnisse von Tradition und Moderne, jene konstruktive Einheit von nationaler Gemeinschaft und personaler Freiheit, wie sie in den *Betrachtungen eines Unpolitischen* mit seiner Kritik an den „Zivilisationsliteraten“² noch von *Thomas Mann* gefeiert wurde, der übrigens *Tolstoi* als Repräsentanten einer „Auflehnung des russischen Volkstums gegen die humanistische Zivilisation“ bezeichnet hatte³. Das Insistieren auf Kultur und einen ganzheitlichen, traditions- und religionssensiblen Humanismus hat seitdem nicht aufgehört und ist auch ein Thema unserer Tage, aber damals lenkte es nur ab vom bereits weit zurückgelegten Weg nach Westen und führte in die Irre. Am Ende herrschten in Russland und Deutschland die Dämonen des politischen Totalitarismus und ließen eine ganz Welt bitter leiden an ihren misslungenen Modernisierungen, die halbherzig, die keine konsequenten waren, voller Vorbehalte, voll von nationalem Dünkel und voller Missverständnisse.

² Thomas Mann, *Betrachtungen eines Unpolitischen*, 2. Auflage 2002, S. 120.

³ Thomas Mann, *Goethe und Tolstoi*, in: *Deutsche Rundschau*, 1922, S. 225 (S. 243).

II. Freiheit und Demokratie als universelle Prinzipien: Ende der Geschichte?

Als 1949 das westliche Deutschland wieder Verfassungsstaat wurde, betrieb das Land nicht nur nolens volens sondern überzeugt eine auswärtige Politik der Westbindung. Es wurde auch im Innern - und zwar aus eigenem Antrieb - durch und durch westlich, ideell und im Lebensstil: Der ganze altdeutsche und völkische Tand wurde entsorgt. Mit der Niederlage verschwand die Affinität für Adel und Uniform, für starke Führer und kriegerische Selbstbehauptung. Die Gesellschaft öffnete sich für Meinungsvielfalt, Zivilcourage, Aufstieg durch Bildung und Tüchtigkeit, politischen Streit nach den Regeln der Verfassung und staatsbürgerliche Erziehung. Das Bonner Grundgesetz schuf eine starke parlamentarische Demokratie, setzte auf Parteien und ihren Wettbewerb. Jetzt erst entfaltete sich das schon immer hoch gehandelte rechtsstaatliche Ethos der Republik vollständig, mit unabhängigen Gerichten, einem starken Verfassungsgericht, das auch einem Kanzler *Adenauer* etwa bei dem Versuch, ein Staatsfernsehen zu installieren, in den Arm fiel und einem Kanzler *Brandt* die fürsorgliche Ermahnung des Wiedervereinigungsgebots bei seinen Ostverträgen mit auf den Weg gab, obwohl der gewiss solcher Zurufe nicht bedurfte. Als 1989 die Bürger der DDR aus Kirchen kommend auf die Straße gingen, war das ganze Land im Westen angekommen. Dies geschah keineswegs zufällig, sondern verbunden in einem gemeinsamen historischen Schicksal, genau zu dem Zeitpunkt als mit *Michail Gorbatschow* Russland seinen Weg in das moderne Zeitalter wieder aufnahm.

Damals schien sich die ganze Welt endlich einer großen normativen Idee anverwandelt zu haben. Es sah aus nach dem endgültigen Durchbruch der Vorstellung, dass der einzelne, der zerbrechliche Mensch, mit seiner angeborenen Freiheit und seiner Würde, das Grundelement jeder Gemeinschaft sei, dass der Staat nur dem Zweck diene, die Freiheit der Bürger zu sichern, die Gleichheit vor dem Gesetz zu achten und den zivilen Zusammenhalt zu fördern. Die freiheitliche, die offene Gesellschaft mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Garantie des Privateigentums und dem Menschenrecht auf demokratische Selbstregierung, gesetzesgebunden im Innern, friedlich nach außen, auf Zusammenarbeit und Integration gerichtet: Sie schien 1990 als universelles Prinzip vor dem vollständigen Durchbruch, wahrlich alternativlos.

Aus der Euphorie dieser Stunde konnte man wie *Francis Fukuyama* das Ende der Geschichte ins Auge fassen⁴. Denn was sollte jetzt noch kommen: ohne den Kampf der Systeme, nach Verblässen der politischen Ideologien und Leidenschaften, nach dem Untergang der Mächte der Vergangenheit und der wahnhaften Totalitarismen? Doch wer eigentlich waren die Sieger am Ende der Geschichte? Was bedeuteten in der globalisierten Dynamik die im Schoß der Nationen gereiften Ideen von Bürgerfreiheit, Demokratie, Rechts- und Sozialstaat? Was ist die Substanz eines Westens, dem heute eigentlich unablässig der Abstieg, die Marginalisierung, die Überalterung prophezeit wird? Ist der lange Weg nach Westen denn überhaupt noch so verheißungsvoll wie er im 19. und im 20. Jahrhundert war? Sollten Russland und Deutschland sich nicht vielleicht sogar die eine oder andere bessere Substanz aus dem Giftschränk ihrer gescheiterten Sonderwege herausholen, sie – in natürlich recht vorsichtiger Dosierung – als neue Medizin erproben gegen die Leiden einer ins Straucheln geratenen Zivilisation?

Diejenigen, die so denken, raunen hinter vorgehaltener Hand, die neue Welt unseres Jahrhunderts werde keine der bürgerschaftlichen Ideen sein, keine der Menschenrechte, des sozialen Ausgleichs und des ökologischen Umbaus. Schaut doch, sagen sie: Während der Westen von Klima- und Ressourcenschutz redet, kauft China afrikanische Bodenschätze, baut neue Kohle- und Atomkraftwerke. Beweisen nicht die europäische Staatsschuldenkrise und die politisch blockierte Fiskalpolitik der USA, dass der Westen in größeren Schwierigkeiten steckt als mit dem Wort „Krise“ überhaupt angemessen zum Ausdruck zu bringen wäre? Ja gewiss, gerade noch konnte man im Blick auf die arabischen Länder glauben, die universelle Demokratie, das Menschenbild einer Gemeinschaft, die nur auf freier und gleicher Zustimmung der Regierten beruhen kann, stünde auch hier vor der vollständigen Durchsetzung. Aber nach der ersten Euphorie mehren sich die Stimmen des Zweifels: Können Länder mit schwacher Zivilgesellschaft, unausgewogenen Wirtschaftsstrukturen, recht wenig merkantil-technischem Denken, aber mit starken religiösen Einheitsvorstellungen denn so ohne weiteres am Weltmarkt erfolgreich teilnehmen damit diese jungen Demokratien dann auch die nötige Zustimmung auf Dauer finden? Stehen womöglich Demokratie, ausgeprägtes individualrechtliches Denken und sozialstaatliche Solidaritätsversprechen, steht nicht auch der ewige Wettbewerb von Regierung und Opposition für Modelle von gestern, die in der Flut der Probleme von heute

⁴ Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, 1992.

untergehen werden? Manche sehen in der Demokratie eher einen Hemmschuh. Sie verstehen die Welt als ein riesiges Objekt für gut überlegte Steuerung und good governance, während – wie sie glauben – auf den Bühnen der Nationalstaaten häufig nur schlecht informierte und populistische Scheindebatten geführt würden, nur Theater der Stimmungsmache herrschen.

III. Die Krise des Westens: Der Staat als überforderter Dienstleister

Solche Larmoyanz eines neuen postmodernen „Fin de siècle“ ist gefährlich und sie ist falsch. Die Probleme, in denen Europa, Japan, die USA stecken - und die nota bene Probleme auf wesentlich höherem Wohlstandsniveau sind als in anderen Teilen der Erde - resultieren womöglich aus Fehlentwicklungen, die deshalb entstehen konnten, weil gerade die klassischen Vorstellungen von persönlicher Freiheit, Gleichheit, Demokratie oder sozialem Rechtsstaat zu sehr aus dem Blickfeld geraten sind, vielleicht weil wir Opfer eines sozialtechnischen Tunnelblicks sind.

Wenn die Konjunktur lahmt, muss das Geld nicht nur in Amerika von der Zentralbank billiger gemacht werden, Steuern gesenkt, dereguliert werden. Wenn sich etwas ändern soll, muss subventioniert werden: neue Energien, neue Mobilität, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In vielen Fällen funktioniert das gut, es ist sogar Kennzeichen einer rationalen Gesellschaft, auf Herausforderungen konzentriert zu reagieren. Ein sozialtechnischer Tunnelblick entsteht erst, wenn man Geldflüssen, Gesetzgebung und immerwährenden Strukturreformen viel zu viel zutraut und dabei die kulturellen und institutionellen Bedingungen des Erfolges einer Gesellschaft aus den Augen verliert. Ein steter Überschuss an Vertrauen in die politische Steuerbarkeit der Welt erzeugt unweigerlich neue Probleme, die ein Land unregierbar machen können. Irgendwann führt die Politik des billigen Geldes, der Staatsschulden, der Konjunkturspritzen und der Deregulation von Finanzmärkten zu hyperkomplexen Reaktionsketten, die man dann eben so gar nicht mehr voraussehen und beherrschen kann, führt zu Entwicklungen, die Politiker und Unternehmer vor sich hertreiben, ihnen das Ruder buchstäblich aus der Hand reißen. Wenn das geschieht, wird

erst recht nach großen Maßnahmen gerufen, nach Anpassung an geänderte Bedingungen, nach Modernisierung.

Doch die moderne Welt hat sich nicht erfunden als bewusstlose Anpassung an schicksalhafte Systemzwänge. Die Neuzeit entfaltet einen ideellen und praktischen Entwurf, der persönliche Freiheit, Bildung, Wissenschaft und Technik, bürgerliche Verantwortung und merkantile Orientierung zusammen denkt. Eine moderne und erfolgreiche Gesellschaft entsteht nur, wenn die Talente der Bürger sich frei entfalten können, wenn jeder Einzelne genügend Kraft aufbringt, sein Leben in die Hand zu nehmen, an sich zu arbeiten, für etwas zu streiten, etwas zu gründen, eine Familie, eine Firma, ein Arbeitsverhältnis, eine Partei, eine Stiftung. Dies gelingt immer nur, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Die Bürger müssen handeln *können* und sie müssen handeln *wollen*. In Systemen des Zwangs und der Unterdrückung, der Manipulation und der Verdrängung *können* die Bürger sich nicht frei entfalten, es fehlt dort an funktionierenden Institutionen, die den Menschen die Luft zum Atmen lassen. Deutschland und Russland wollen Demokratien und Rechtsstaaten sein, sie wissen, dass eine durch Druck deformierte Gesellschaft auf Dauer nicht modern und erfolgreich sein kann. Ist also eine Gesellschaft demokratisch, dann kommt es darauf an, was die Bürger *wollen*. Dann zählt ihr Engagement, ihr Verständnis in die Zusammenhänge, ihr Optimismus, ihre Bereitschaft die Zukunft zu gestalten, vom Privaten anfangend in den öffentlichen Raum hineinragend.

Wie ist es um dieses Engagement stellt? In der Demokratie wird der Bürger umworben. Wie sollte es anders sein? Die Wähler sind Zielobjekt einer Werbe- und Stimmungsstrategie. Auch die öffentliche Meinung in den Medien schmeichelt dem Souverän und kritisiert seine gewählten Vertreter. Verbraucherschutz, Klimaschutz, Gesundheitsschutz, Sicherheit, Stabilität, Arbeit, Wohlstand: All das wird unentwegt versprochen und damit der Staat unter erheblichen Erwartungsdruck gesetzt. Die Demoskopie galt bislang als eine Modernisierung des Politikbetriebes und als eine Art direkter Demokratie, ständig präsent, ständig wirksam. Gegen die Demoskopie konnte und kann man nur schwer regieren. Daran ist auch nichts auszusetzen. Manche Menschen reagieren allerdings auf die umschmeichelnden Worte wie auf kommerzielle Werbung. Sie sehen und hören die Botschaft, wissen aber, dass man ihnen etwas verkaufen will. Wird die Werbung allzu lästig, schaltet man ab, wird sie zu gefällig oder zu grell, hält man sie für eine Lüge.

Die Haltung zum Staat verändert sich dabei: Er wird als Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen⁵. Wir alle scheinen Aktionäre, die gewählten Politiker sitzen im Vorstand, Opposition und Presse haben einen Sitz im Aufsichtsrat oder sind auf der Hauptversammlung rebellisch. Doch der Vergleich ist schief, die Perspektive verzerrt. Ein Staat, der so als Angebot wahrgenommen und unter Erfolgsdruck gesetzt wird, beginnt Schleichwege zu suchen, wie etwa die Staatsverschuldung einer ist, wenn man zu viel verspricht und sich nicht wagt, Ausgaben zu begrenzen oder Einnahmen zu erhöhen. Und auch die Bürger verfallen in Illusionen. Sie mokieren sich über ihre Repräsentanten, belächeln oder ignorieren sie, manch einer schimpft auf die Parteien und wendet ihnen den Rücken zu. Engagement wird dort am liebsten gesucht, wo ein aktuelles Thema medial vermittelt wird, eine gewisse „Eventkultur“ breitet sich aus. Die Kärnerarbeit jedoch in Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Gemeinden oder Vereinen, das kleine Ehrenamt, ohne Bezahlung und ohne rechte Aufmerksamkeit: Hier fehlt es am Zulauf.

IV. Jenseits überzogener Erwartungen: Die Wiederentdeckung von Engagement und Solidität

Die kritische Beobachtung des politischen Betriebes leidet unter schlechter Information und naiven Erwartungen. Eine Demokratie ist nur so gut, wie die Bürger Fähigkeit und Gelegenheit haben und nutzen, ihr Urteilsvermögen in den geregelten Formen der Selbstregierung zu beweisen. Der Citoyen ist derjenige, der seine Freiheit vor dem Staat, aber auch mit dem Staat schützen und entfalten will. Deshalb trennt die Verfassung den Staat von der Gesellschaft, übrigens auch von der Wirtschaft, ohne ihre tiefere Einheit zu leugnen. Staat und Wirtschaft sind aufeinander angewiesen: Wenn der Staat meint, wirtschaftlich besser disponieren zu können als Unternehmen, die nach Rentabilität suchen, täuscht er sich fundamental. Wenn die Wirtschaft aber meint, am besten gäbe es gar keine Regulation, keine Steuern und keine Verantwortung für das Gelingen politischer Gemeinschaften, täuscht sie sich ebenfalls gewaltig. Wer auf demokratische Rechtsstaaten

⁵ Helmuth Schulze-Fielitz, Der Leviathan auf dem Weg zum nützlichen Haustier?, in: Voigt (Hrsg.), Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat, 1993, S. 95.

glaubt verzichten zu können, wird in einem Alptraum erwachen, wo er der Willkür von Warlords der Globalisierung und dem Chaos von Märkten ohne Regeln und ohne Eigentums- Währungs- oder Investitionsschutz ausgesetzt ist.

Die konstruktive Trennung von politischer Herrschaft und wirtschaftlichem Handeln allein reicht jedoch nicht hin. Denn warum sind Wirtschaft und Staat so beunruhigend nahe aneinander gerückt, dass die Staaten wie Spielbälle der Globalisierung und der Anleihemärkte erscheinen, aber auch die Großen der Wirtschaft 2008 in der Weltfinanzkrise wie hilflose Kinder vor den Toren der Regierungszentralen standen? Im Kern glaube ich, dass der Westen nach dem scheinbaren Sieg im Kalten Krieg, nach dem Triumph der Menschenrechte, der Demokratie, des Marktes in der Überheblichkeit eines jeden Sieges übermütig geworden ist und die Akteure dem freiheitlichen Gesamtsystem zu viel an überlegener Leistungsfähigkeit zugetraut haben.

Als die Marktwirtschaft sich bis nach China ausdehnte, die Berliner Mauer fiel und die Bürger Russlands den Weg zurück in die Diktatur versperrten, da konnte man glauben, alles sei möglich und es werde durch die Kräfte von Wirtschaftswachstum, Freihandel und Freiheit alles wirklich, schnell und vergleichsweise mühelos. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir heute meinten, dass sei nur eine große Illusion gewesen, denn die Erwartungen waren im Kern berechtigt. Sie waren nur überzogen, verkannten die Mühe der Ebene, die Dauer einer kulturellen Modernisierung, die langsam über Bildung, Erziehung und Erfahrung in die nächste Generation gereicht wird. Fatal wäre es, wenn wir die Modernisierung einer auf individuelle Freiheit, Aufstieg durch Bildung, Marktwirtschaft, Gewaltenteilung und sozialer Demokratie gegründeten Gesellschaft, die globale Öffnung der Staaten, ihre Integration nach dem Muster der Europäischen Union, für einen falschen Weg hielten, nur weil uns die Werbung zu viel versprochen hat, weil wir alle an zu viel Mühelosigkeit geglaubt haben.

Freiheit ist immer auf die Fähigkeit zur Bindung, zu Selbstdisziplin und auf den Mut zum Risiko angewiesen. Wer heute die Gesellschaften Europas modernisieren will, muss es mit neuer Ehrlichkeit tun, Zusammenhänge der Gegenseitigkeit wiederherstellen, die wir in übermäßigem Vertrauen in die Leistungskraft des jeweils anderen gelöst haben⁶. Das große Projekt der Europäischen Union beispielsweise ist gewiss nicht am Ende. Es fehlt auch nicht an Visionären, der friedlich vereinte Kontinent ist eine wirklich gewordene Vision. Der

⁶ Di Fabio, Die Kultur der Freiheit, 2005, S. 71 ff.

Bestand und die Entwicklung der Union hängen aber ab von pragmatischer Tatkraft und vernünftigem Augenmaß. Wer drängende und schwierige Sachprobleme mit Visionen einer großen Katharsis lösen will, und dabei wirtschaftliche und rechtliche Zusammenhänge ignoriert, beschädigt das gemeinsame Projekt der Union. Vielleicht waren es sogar die Visionäre von gestern, die uns die Probleme von heute beschert haben. Es sind jedenfalls die Möglichkeiten geschwunden, rhetorische Kompromisse und die Vertagung von Problemen ganz schmerzlos zu erreichen, nämlich durch Wirtschaftswachstum, billiges Geld und immer neue Kredite. Der Griff zum europäischen Bundesstaat ist mit dem Scheitern des Verfassungsvertrages vorerst misslungen. Er wäre aber auch im Erfolgsfall nicht in der Lage gewesen, eine Alternative zur haushaltspolitischen Eigenverantwortung und Solidität der Mitgliedstaaten zu bilden. Die europäische Union ist ein demokratischer Staatenverbund, der davon abhängt, dass die Staaten ihrer grundlegenden Verantwortung gerecht werden: Sie müssen ihren Haushalt in Ordnung bringen, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wahren, ihre unabhängigen Rechtssysteme respektieren und freie Presse, freien Rundfunk, ein freies Netz garantieren. Die europäische Union ist eine komplementäre Organisation, sie schafft einen Rahmen für fairen Wettbewerb, gemeinsame Interessendurchsetzung und die politische Koordinierung, aber sie kann nicht jene grundlegenden Leistungen ersetzen, die demokratische Rechtsstaaten zu erbringen haben. Ein moderner Politiker wird heute um den Fortbestand dieser Union kämpfen, nicht mit neuen Visionen, sondern mit Taten, die die Eigenverantwortung der Staaten und ihrer Bürger stärken, denn dies bleibt die notwendige Bedingung für das Gelingen des Projekts eines sich immer wieder modernisierenden Europas.